

Tischvorlage zur Pressekonferenz des VBE Rheinland-Pfalz / Montag, 25. Januar 2016, 10:30

Grundschule 2016 – was läuft und was läuft nicht?

Ergebnisse einer landesweiten Umfrage an den Grundschulen in Rheinland-Pfalz



Zusammenfassung

(1) Anlass und Grunddaten

Die Grundschulen sind in ihrem pädagogischen Auftrag als „Schulen für alle Kinder“ von den gesellschaftlichen Herausforderungen besonders betroffen. Vor diesem Hintergrund hat der VBE eine Bestandsaufnahme der Grundschulsituation durchgeführt, die auf einer landesweiten Umfrage unter 969 Grundschulen basiert. Der Fragebogen wurde am 25. November 2015 an alle Grundschulen, Grund- und Realschulen plus sowie die (privaten) Grund- und Hauptschulen in Rheinland-Pfalz versandt. In der Auswertung berücksichtigt wurden Rückläufe bis zum 18. Dezember 2015. Den Fragebogen beantwortet haben 410 Schulen. Das entspricht einer Quote von ca. 43%.

(2) Gesamtbewertung

An den Grundschulen herrscht hohe Professionalität und eine tiefe Identifikation mit dem pädagogischen Auftrag der Grundschule. Zugleich werden durch die Umfrage erhebliche Mängel offengelegt, die letztlich auf einer systematischen Unterfinanzierung der schulischen Grundbildung in Rheinland-Pfalz beruhen. Grundschüler sind mit Abstand die „billigsten“ Schüler, Grundbildung wird zu wenig als Investition in die gesellschaftliche Zukunft anerkannt.

(3) Defizitär und ungleich verteilt: Unterrichtsversorgung als Mängelverwaltung

Entgegen der regierungsamtlichen Sichtweise ist der Grundschulalltag durch häufige Unterrichtsausfälle gekennzeichnet. Zudem ist eine ungleiche Verteilung der Unterrichtsversorgung festzustellen. „Feuerwehrlehrkräfte“ sind faktisch nicht einsatzbereit, weil sie für längerfristige Vertretungen verplant sind.

(4) Förderunterricht - Luxus für wenige

Individuelle Förderung im Sinne von *fördern & fordern* ist der pädagogische Kern der Grundschule. Defizite in der Unterrichtsversorgung führen zuallererst zum Abbau der Fördermöglichkeiten. 75% der Schulen sind nicht ausreichend mit Ressourcen für einen regelgerechten Förderunterricht versorgt. In der Konsequenz heißt das: Förderunterricht an Grundschulen bleibt ein Luxus in pädagogischen Schönwetterlagen.

(5) Zeitarbeit an Grundschulen - pädagogisches Engagement ohne Perspektiven

An jeder zweiten Grundschule werden Lehrkräfte zeitlich befristet eingesetzt - ohne längere berufliche Perspektive. Dies schlägt zwangsläufig auf den Unterricht durch.

(6) Absenkung der Klassengröße - kein Allheilmittel

Die Absenkung der Klassengröße auf maximal 24 Schüler/-innen hat sich insgesamt positiv ausgewirkt. Sie kann aber nicht alle Entwicklungen kompensieren, mit denen Grundschulen fertig werden müssen.

(7) Schulleitung - verbreitet *N.N.*

An mehr als jeder zehnten Grundschule ist die Schulleitungsstelle nicht besetzt. Eine gute Schulentwicklung ist ohne engagierte Schulleitung nicht realisierbar.

(8) Ausstattungen - stabile Möbel, alte Computer, Sekretärinnen „auf Besuch“

Eine Analyse der Ausstattungen ergeben ein durchwachsenes Bild. Bei den Grundelementen (Gebäude, Mobiliar etc.) ist von einem überwiegend guten Zustand auszugehen, ein Zeichen für das Engagement der Schulträger. Prekär ist die Situation dagegen bei den modernen Medien und Lernmitteln sowie insbesondere in den Schulsekretariaten, die völlig unterbesetzt sind.

(9) Inklusion - mehr als ein Versuch?

Über die Hälfte der Schwerpunkt-Grundschulen gibt an, nicht angemessen mit Förderlehrerwochenstunden versorgt zu werden. Noch mehr Schulen bemängeln, weder räumlich noch sachlich entsprechend der Behinderungen der Kinder ausgestattet zu sein; integrierte Förderung kann nicht in einem ausreichenden zeitlichen Umfang stattfinden. Die Inklusion befindet sich durch diese Mängel in einem reinen Versuchsstadium.

(10) Integration von Kindern mit Migrationshintergrund - noch nicht angekommen

Flüchtlingskinder erhalten zu über 50 % nicht die angekündigten Sprachintensivkurse. Über 90% der Grundschulen geben an, dass sie keinerlei externe Unterstützung beim Umgang mit traumatisierten Kindern erhalten. An den Runden Tischen nehmen sie überwiegend gar nicht teil.

VBE-Forderungen

- Die Grundschule in Rheinland-Pfalz als Volle Halbtagschule muss ihr Erbe als schulpolitisches Sparmodell aus den 90er Jahren endlich ablegen können. Eine gute Grundbildung ist essentiell für die Zukunft dieser Gesellschaft. Sie muss als Investition mehr wert sein. Die Ausgaben für Grundschüler dürfen denen der Schüler/-innen anderer Schularten nicht nachstehen.
- Die Unterrichtsversorgung muss auch für Mangelsituationen vollständig sichergestellt werden. Das bedeutet eine strukturelle Versorgungsquote von 110% und die Einführung der an den übrigen Schularten üblichen „Drittelpauschale“ als Versorgungsausgleich.
- Die Absenkung der Klassengrößen auf 24 Schüler/-innen war ein wichtiger Schritt zur Einführung der individuellen Förderung. Sie ist aber bei weitem nicht ausreichend zur Umsetzung der Inklusion und zur Integration von Flüchtlingskindern. Deshalb muss der Klassenteiler an Grundschulen mittelfristig weiter abgesenkt werden auf maximal 20 Schüler/-innen.
- Die rheinland-pfälzischen Grundschulen müssen für die Inklusion und für die Integration der Kinder aus Migrantenfamilien endlich fit gemacht werden. Die Konzepte müssen an die Realitäten angepasst werden - und nicht umgekehrt.
- Befristete Zeitarbeit zur Sicherung des Unterrichts muss an den Grundschulen abgebaut werden. Berufliche Perspektiven für junge Lehrkräfte sind auch pädagogische Perspektiven für die Schülerinnen und Schüler.
- Funktions- und Schulleitungsstellen müssen an den Grundschulen attraktiver werden durch entsprechende Rahmenbedingungen pädagogischer Führungsaufgaben. Engagierte Schulleitungen sind die Voraussetzung für eine pädagogische Qualitätsentwicklung an den Schulen.

Grundschule 2016 – was läuft und was läuft nicht?

Zum Anlass der Untersuchung

Die Grundschulen in Rheinland-Pfalz sind in ihrem pädagogischen Auftrag von den gesellschaftlichen Herausforderungen besonders betroffen. Das ist nicht erst seit heute so.

Grundschulen nehmen alle Kinder auf, unabhängig von sozialer, ethnischer oder religiöser Zugehörigkeit. Grundschulen spiegeln damit ein Bild unserer Gesellschaft, ihrer Entwicklungen, ihrer Probleme, aber auch ihrer Potentiale.

Viele Reformen sind in den vergangenen Jahren unternommen worden, um den pädagogischen Auftrag der Grundschulen mit der gesellschaftlichen Entwicklung abzustimmen. So ist die Grundschule als *Volle Halbtagschule* die pädagogische Antwort auf den Wandel von Familie und Lebenswelt.

Die Individualisierung des Lernens, der gemeinsame Unterricht für alle Kinder im Rahmen der Inklusion und jetzt die Integration der von Flucht und Vertreibung betroffenen Kinder sind weitere Etappen der Veränderung. Daraus entstehen immer neue Herausforderungen im pädagogischen Alltag. Nicht wenige befürchten eine Überforderung des Systems.

Vor diesem Hintergrund hat der VBE Rheinland-Pfalz eine Bestandsaufnahme der Grundschulsituation durchgeführt, die auf einer landesweiten Umfrage unter allen nahezu 1.000 Grundschulen basiert.

Die Ergebnisse dieser Umfrage werden hier vorgestellt. Ihre Analyse dokumentiert eine Grundschulsituation, die auf Veränderungen drängt.

***... ein guter GRUND SCHULE zu stärken!* - eine Initiative des VBE**

Zugleich startet der VBE Rheinland-Pfalz seine Grundschulkampagne 2016, die unter dem Motto steht ***... ein guter GRUND SCHULE zu stärken.***

Damit will der VBE die gesellschaftliche Bedeutung grundlegender Bildung an den Grundschulen unseres Landes unterstreichen.

Es muss deutlich werden, dass die Grundschulen das Fundament für erfolgreiches Lernen, für soziale Integration und für die persönliche Entwicklung der Kinder schaffen - wie keine Schule sonst.



Beteiligung und Rücklauf

Der Fragebogen zu dieser Umfrage wurde am 25. November 2015 an alle Grundschulen, Grund- und Realschulen plus sowie die (privaten) Grund- und Hauptschulen in Rheinland-Pfalz versandt (insgesamt 969 Adressen).

Rücklauftermin war der 11. Dezember 2015. Berücksichtigt wurden Eingänge bis zum 18. Dezember 2015. Mit ausgefülltem Fragebogen geantwortet haben 410 Schulen. Das entspricht einer Quote von ca. 43%.

Nach den Erfahrungen des VBE mit vergleichbaren Untersuchungen ist dieser Rücklauf als sehr gut zu bewerten, was zu einer hohen Gültigkeit der Ergebnisdaten führt, die in der Analyse auf die Grundschulen insgesamt hochgerechnet werden können. Die Umfrageergebnisse schaffen damit eine stabile Basis für eine Bestandsaufnahme der Grundschulsituation im Schuljahr 2015/2016.

Ergebnisse: Darstellung, Analyse und Bewertung

1. Gesamtbewertung

Die landesweite Befragung der rheinland-pfälzischen Grundschulen zeigt, dass sich die überwiegende Mehrheit der Schulen und der Schulleitungen mit den hohen pädagogischen und schulpolitischen Anforderungen an diese Schulart identifiziert. Sie sehen ihre Gesamtsituation „alles in allem“ positiv. Kritisch sehen ihre Situation ein knappes Drittel (ca. 30%).

Zugleich legt die Umfrage die erheblichen Mängel offen, die in die Arbeit der Grundschulen eingreifen und die Leistungsfähigkeit beeinträchtigen. Sie zeigt auf, was an den Grundschulen 2016 läuft und was nicht. Noch immer wirkt nach, dass die Organisationsform der Grundschule als *Volle Halbtagschule* im Rahmen eines Sparkonzepts entwickelt wurde (KOSI 2010).

Die positive Gesamtbewertung und die Klage über eine Vielzahl von Mängeln bilden keinen Widerspruch. Die Erklärung liegt in einer hohen Identifikation der Grundschulen bzw. der Grundschulkollegien mit ihrer pädagogischen Aufgabe. An den Schulen herrscht unter den Kollegien ein hohes Qualitätsbewusstsein und ein professionelles Selbstverständnis - trotz der erheblichen Defizite, durch die die Arbeit an den Grundschulen im Schuljahr 2015/2016 gekennzeichnet ist.

2. Strukturdaten und Versorgung

2.1 Defizitär und ungleich verteilt: Unterrichtsversorgung als Mängelverwaltung

57% der Schulen geben an, dass bei der Zuweisung der Lehrerwochenstunden der Ist-Wert vom Soll-Wert abweicht. Die negative Abweichung beträgt im Durchschnitt 2,6 %. Das entspricht insgesamt einem Defizit von 5.000 Lehrerwochenstunden bzw. rechnerisch einem Mangel von ca. 200 Lehrerstellen.

Dabei gibt es an einzelnen Schulen extreme Minuswerte von 5% bis zu 30%. Das führt an diesen Schulen zu gleichermaßen extremen Situationen bis hin zu geplantem Unterrichtsausfall. Dies widerspricht den Zielen der Vollen Halbtagschule, für die - als besonderes strukturelles Merkmal dieser Organisationsform der Grundschule - gegenüber den Eltern (und Schülerinnen bzw. Schülern) eine Unterrichtsgarantie gilt. Die schulpolitischen und pädagogischen Vorgaben der Grundschulordnung (Schwerpunkt individuelle Förderung) sowie der Leitlinien für die Grundschulen sind damit für einen großen Teil der Grundschulen in Rheinland-Pfalz nicht realisierbar.

Andererseits geben einige Schulen (insgesamt 38, entsprechend 9%) eine Abweichung der Unterrichtsversorgung „nach oben“ an. Im Schnitt liegt diese Abweichung ins Positive bei 2%, dadurch kann jedoch das Defizit an den Schulen mit Mangelversorgung keinesfalls ausgeglichen werden.

Festzuhalten ist: Die Unterrichtsversorgung an den Grundschulen in Rheinland-Pfalz ist defizitär, und sie ist zudem ungleich verteilt.

Ein Grund dieser Ungleichverteilung liegt an der Vielzahl der Schulstandorte und der (z. T. geringen) Größe der Schulen. Diese Organisationsstruktur wiederum hat ihre Ursache darin, dass die Grundschule - wie der Name sagt - die schulische Grundversorgung in unserem Land sichern soll, was ein dichtes Versorgungsnetz und ggf. Ausgleichsmaßnahmen zur Funktionssicherung erfordert.

2.2 Feuerwehr - faktisch nicht einsatzbereit

Die Landesregierung hat hierfür eine „Lehrerfeuerwehr“ geschaffen. Das sind Lehrkräfte, deren Aufgabe es ist, bei kurzfristig auftretendem Unterrichtsausfall einzuspringen und dadurch die Unterrichtsversorgung zu sichern. Die Umfrage zeigt, dass 80 % der Schulen nicht auf diese Feuerwehrlehrkräfte zurückgreifen können. Sie müssen sich also selber helfen - auf die eine oder andere Art (Klassenzusammenlegungen, Klassenaufteilungen und Unterrichtsausfall).

Eine Ursache für diese Situation ist, dass die Vorgaben für die Unterrichtsversorgung von Beginn an viel zu knapp bemessen sind, so dass Feuerwehrlehrkräfte für längerfristigen Unterrichtsausfall eingesetzt werden. Sie fallen damit für ihre eigentliche Aufgabe aus. Von einer funktionsfähigen Lehrerreserve im Sinne einer „Lehrerfeuerwehr“ kann also in Rheinland-Pfalz keine Rede sein. Die Schulen werden mit ihrer Notsituation allein gelassen.

2.3 Förderunterricht - Luxus für wenige

Unter der Mangelsituation leiden zuallererst pädagogische Programme und Angebote, die sich im Personalbedarf niederschlagen, mit denen aber immer wieder die Güte des Bildungsangebots beworben wird. Die Kinder sollen dort „abgeholt“ werden, wo sie stehen; dieser in Rheinland-Pfalz gültige Grundsatz pädagogischer Förderung ist laut Umfrage nur einem Viertel der Schulen möglich, ca. 75% können nicht in ausreichendem Maß Förderunterricht anbieten.

Prinzipien und Verfahren wie in der gültigen Grundschulordnung vorgesehen sind für viele Schulen schlicht nicht oder kaum noch möglich - Prinzipien wie „Fördern und Fordern“, Verfahren wie gegenseitige Diagnose und gegenseitige Hospitation im Kollegium, Methoden wie das Teamteaching. Qualitätsprogramme, die noch vor einigen Jahren im Zentrum der Grundschularbeit standen, werden ad acta gelegt - eine sinnvolle Rückmeldung hierzu hat es ohnehin nie gegeben. Wie unter diesen Rahmenbedingungen die so dringlich und konsequent erforderliche Integration von Flüchtlingskindern gelingen soll, ist weitgehend unklar.

2.4 Aus Anspruch wird Wirklichkeit - nur durch ein Versorgungs-Upgrade

Die Unterrichtsversorgung an den rheinland-pfälzischen Grundschulen lässt sich nur zuverlässig aufrecht erhalten - insbesondere mit *Vollen Halbtagschulen*, die den Eltern anders als die übrigen Schularten feste Öffnungszeiten und eine Unterrichtsgarantie bieten -, wenn bei der Unterrichtsversorgung Ausgleichswerte einbezogen werden, und zwar Ausgleichswerte für regionale Unterschiede, für Mangelsituationen aus aktuellen Gründen (wie Krankheit etc.) und für besondere pädagogische Aufgabenstellungen (Inklusion, Migration etc.).

Vor diesem Hintergrund geht der VBE davon aus, dass zur Sicherung einer qualitativ hochwertigen Grundschulbildung in Rheinland-Pfalz ein (positiver) Ausgleichswert von 10% notwendig ist, bezogen auf die jetzt gültigen Versorgungsparameter. Das heißt, die Grundschulen in unserem Land benötigen eine strukturelle Unterrichtsversorgung von 110%, um den schulpolitisch gestellten Anspruch einlösen und eine verlässliche Grundlage für die weiteren Bildungswege aller Schülerinnen und Schüler bieten zu können. Daraus resultiert ein zusätzlicher Lehrkräftebedarf von (rechnerisch) ca. 1.000 Stellen.

Außerdem benötigen auch Grundschulen - wie die übrigen Schularten - die so genannte „Drittelpauschale“, um auf veränderte Situationen bei Organisation und Versorgung flexibel reagieren zu können (Anzahl der Vollzeitlehrerstellen geteilt durch drei ergibt Umfang der Pauschale).

2.5 Zeitarbeit an Grundschulen - pädagogisches Engagement ohne Perspektiven?

An den Grundschulen, die sich an der Umfrage beteiligt haben, werden nahezu 7.000 Lehrerwochenstunden auf der Grundlage befristeter Arbeitsverträge erteilt. Das entspricht - hochgerechnet auf alle Grundschulen - ca. 650 Vollzeitlehrerstellen.

An nahezu jeder zweiten Schule sind Lehrkräfte mit befristetem Arbeitsvertrag tätig, von wenigen Wochen bis zu einem Jahr. Das bedeutet, dass die Unterrichtsversorgung, so wie sie ist, nur durch die Vergabe von Zeitverträgen gesichert werden kann. Die Landesregierung wird durch diese Vielzahl von befristeten Zeitarbeitsverträgen - nicht nur im Bereich der Grundschulen - quasi zur größten Zeitarbeitsfirma des Landes. Dieser Umstand kontrastiert deutlich zur ansonsten von der Landesregierung vorgetragenen Haltung zur Problematik von Zeitarbeit.

Befristete Arbeitsverträge werden im Schulbereich nicht nur, aber insbesondere Berufseinsteigern angeboten. Die unzureichende berufliche Perspektive dient weder der professionellen Motivation

noch einer pädagogischen Nachhaltigkeit des Unterrichts (der gerade im Bereich der Grundschulen eine Bindung von mehreren Jahren voraussetzt).

Befristete Arbeitsverträge führen überdies zu einer Fluktuation über Landesgrenzen hinweg, gerade nach der Föderalismusreform. Das ist häufig ein zusätzliches Versorgungsproblem in Grenzregionen. Folgen sind nicht selten zu Schuljahresbeginn eskalierende Situationen, wenn befristet eingestellte Lehrkräfte kurzfristig in ein anderes Bundesland abwandern, da sie dort eine Planstelle erhalten haben.

Der VBE sieht in dem plan- und regelmäßigen Einsatz von zeitlich befristeten Verträgen an den Schulen einen Missbrauch in der Regulierung des Lehrermarktes, vor allem aber ein pädagogisch völlig unzureichendes Konzept zur Deckung der Unterrichtsversorgung. Davon profitiert nur die Statistik.

3. Pädagogische Parameter

3.1 Absenkung der Klassengröße - kein Allheilmittel

An den rheinland-pfälzischen Grundschulen gilt mittlerweile für alle Klassenstufen eine Klassenmesszahl von 24 Schülerinnen bzw. Schülern. Größer darf also keine Klasse sein. Diese für die pädagogische Arbeit wichtige Bezugsgröße wird von über 90% der Schulen eingehalten, an den an der Umfrage beteiligten Schulen waren lediglich 50 Klassen größer, hochgerechnet sind das 1,6% der Grundschulklassen. Auch Klassen, in die Flüchtlingskinder aufgenommen wurden, sind in der Regel (zu 94%) nicht größer.

Die stufenweise Absenkung der Klassengrößen von ehemals 30 Schülerinnen bzw. Schülern hat die Landesregierung als großen schulpolitischen Erfolg bezeichnet, wenngleich diese Entwicklung auch sehr von der demografischen Entwicklung - quasi wie von selbst - beeinflusst wurde. Im Ländervergleich hat Rheinland-Pfalz zurzeit mit einer durchschnittlichen Klassengröße von 18,3 Schülerinnen bzw. Schülern den besten Wert (Länderdurchschnitt 20,7; Quelle: KMK 2015).

In der Tat wirkt sich die Absenkung der Klassengröße positiv auf die pädagogische Arbeit an Grundschulen aus. Ohne diese wäre individuelle Förderung, wie sie von der Grundschulordnung vorgesehen wird, noch weniger möglich. Allerdings kann die Klassengröße 24 nicht auf Dauer als Argument für neue bzw. weitere Aufgabenstellungen herhalten, die an die Grundschulen herangetragen werden. Die Klassengröße ist ein wichtiger Parameter, aber eben nur einer.

Es muss das Ziel der rheinland-pfälzischen Grundschulpolitik sein, die Klassengröße weiter den veränderten gesellschaftlichen Entwicklungen anzupassen (u. a. Individualisierung des Lernens, Inklusion, Integration von Migranten, Anforderungen der weiterführenden Schulen). Mittelfristig muss deshalb eine Klassengröße von maximal 20 Schülerinnen und Schülern angestrebt werden, gerade auch an großen Grundschulen im urbanen Umfeld.

3.2 Schulleitung - verbreitet *N.N.*

Knapp 12 % der Schulleitungsstellen an den rheinland-pfälzischen Grundschulen sind nicht besetzt. Fast die Hälfte der unbesetzten Stellen sind länger als ein Jahr vakant. Zudem fehlen vielerorts die Bewerber/-innen, eine „Bestenauswahl“ für diese wichtigen Funktionsstellen pädagogischer Führung ist zurzeit nicht möglich.

Eine gute Schulentwicklung ist ohne engagierte Schulleitung nicht realisierbar. Von dieser hängt zudem unmittelbar die Qualitäts- und Leistungsentwicklung an den Schulen ab. Der Landesregierung ist diese prekäre Situation seit Langem bekannt. Dennoch unternimmt sie viel zu wenig, um für die Wahrnehmung von pädagogischen Führungsaufgaben zu werben, und sie passt die Konditionen der Schulleitungen auch den veränderten Bedürfnissen nicht an.

Es ist wie in andern Bereichen des Schulwesens auch: Pädagogische Reformen werden durchgeführt, die beruflichen Rahmenbedingungen der Handelnden lässt man beim alten. Dies führt auf Dauer zu einer wachsenden Differenz zwischen Aufgabenstellung und beruflichem Status und widerspricht jeglichem Anreizsystem für die Übernahme von Führungsaufgaben. Folgen sind eine mangelhafte Bewerber-situation und die Auswahl ungeeigneter Bewerber, zum Nachteil der Schülerinnen und Schüler.

Der VBE fordert deshalb - neben der besseren fachlichen Qualifizierung - deutlich attraktivere Rahmenbedingungen für Funktionen in der Schulleitung, eine Besoldung von mindestens A 14 aufsteigend, einen Ausbau der Funktionsstunden im Rahmen des Deputats und den Ausbau der Funktionsstrukturen an Schulen mit besonderen Schwerpunkten (z. B. eine obligatorische Konrektorenstelle an Ganztags-Grundschulen und Schwerpunktschulen).

3.3 Ausstattungen - stabile Möbel, alte Computer, Sekretärinnen „auf Besuch“

65% der Grundschulen geben an, hinsichtlich der Räumlichkeiten und des Mobiliars gut ausgestattet zu sein. Sie stellen damit ihren Schulträgern ein vergleichsweise günstiges Zeugnis aus, wenngleich damit andererseits ein Drittel der Schulen schlechte Ausstattungen bemängelt. Ein noch höherer positiver Wert wird bei den Lehr- und Lernmitteln erreicht (u.a. Musikinstrumente, Sportgeräte), knapp 80% geben gute Bedingungen an. Offensichtlich ist den meisten Schulträgern eine gute Ausstattung der örtlichen Schule wichtig. Darin zeigt sich auch ein hohes Maß an Identifikation.

„Durchwachsen“ ist das Ergebnis bei der zeitgemäßen Ausstattung mit modernen Medien (Computer, Beamer, elektronische Tafeln, Lernsoftware ...). Knapp die Hälfte der Schulen reklamiert Rückstände, angesichts der zunehmenden Bedeutung elektronischer Medien in unserer Lebens- und Arbeitswelt sicher problematisch. Dadurch hinken die Grundschulen nicht nur der technischen Entwicklung hinterher; es wird auch immer schwieriger, die durchaus positiven didaktischen Möglichkeiten elektronischer Medien - z.B. bei der individuellen Förderung - einzusetzen.

Ein „Dauerbrenner“ bei den Ausstattungsmängeln sind die Sekretariatsstunden. Knapp 60% der Schulen geben eine Mangelsituation an. An vielen Grundschulen ist eine Schulsekretärin nur an

wenigen Tagen tätig, sozusagen ein gern gesehener oder heiß erwarteter „Besuch“. Eine Folge ist, dass Schulleitungen mehr Zeit in die Bewältigung von Verwaltungsaufgaben stecken müssen und damit weniger in die Entwicklung des pädagogischen Programms der Schule - ein klassischer Fall von Missmanagement. So geht wichtige Zeit für die Qualitätsförderung verloren, und Sekretariatsarbeit wird richtig teuer.

Aus Sicht des VBE muss es Ziel einer umfassenden Grundschulpolitik sein, gleich gute Lernbedingungen an allen Grundschulen zu schaffen. Ein Gefälle zwischen gut ausgestatteten und weniger gut ausgestatteten Schulen hat einen ähnlichen Effekt wie der vielfach beklagte Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Lernerfolg unter den Schülerinnen und Schülern.

Das bedeutet auch, dass die Normen für die Ausstattung der Grundschulen den gesellschaftlichen und technischen Veränderungen angepasst werden müssen. Außerdem muss eine tägliche Besetzung der Schulsekretariate aller Grundschulen gesichert werden, allein schon aus Gründen der Sicherheit. Hierfür muss die Landesregierung mit den Schulträgern bzw. den kommunalen Spitzenverbänden die Voraussetzungen schaffen.

4. Schulpolitische Entwicklungen

4.1 Inklusion - mehr als ein Versuch?

Die Verwirklichung eines inklusiven Schulsystems in Rheinland-Pfalz ist nicht nur ein zentrales bildungspolitisches Ziel der Landesregierung, Inklusion durchzieht mittlerweile auch das Schulgesetz wie ein roter Faden. Selbst die Herstellung inklusiver Kompetenz der Lehrerinnen und Lehrer ist hierzulande mittlerweile qua Gesetz geregelt. Mit diesem bildungspolitischen Anspruch kontrastieren allerdings die schulischen Realitäten:

- 51 % der Schwerpunkt-Grundschulen geben an, nicht angemessen mit Förderlehrerwochenstunden versorgt zu werden.
- 20 % der als Förderlehrer tätigen Lehrkräfte sind gar nicht in diesem Fachgebiet ausgebildet.
- 55 % der Schulen geben an, weder räumlich noch sachlich entsprechend der Behinderungen der Kinder ausgestattet zu sein.
- 57 % der Grundschulen bemängeln, dass die integrierte Förderung nicht in einem ausreichenden zeitlichen Umfang stattfindet.

Die Herstellung eines inklusiven Schulsystems mit freiem Wahlrecht der Eltern - auch wenn dieses faktisch auf eine Wahl zwischen Förder- und Schwerpunktschule reduziert ist - erfordert einen hohen Aufwand entsprechender Mittel. Mit einer Gesetzesänderung, 200 zusätzlichen Lehrkräften und der Umwandlung einiger Förderschulen in Förder- und Beratungszentren ist es nicht getan.

Ein besonderes Problem für die Grundschulen ist in diesem Zusammenhang der Abbau der integrierten Förderung nach § 29 der Grundschulordnung, einer besonderen Förderung beeinträchtigter Kinder durch Förderschullehrkräfte an Grundschulen. Im Zuge des Aufbaus der Förder- und Beratungszentren soll es zu Kompetenzverlagerungen auf diese Zentren kommen.

Faktisch findet aber eine Gegenfinanzierung statt, indem durch den Abbau der integrierten Förderung der Aufbau der Förder- und Beratungszentren ermöglicht wird. Dies schmälert die inklusiven Möglichkeiten der Grundschulen erheblich.

Der VBE kann nur feststellen: Wenn sich die Landesregierung der Herausforderung Inklusion gestellt hat, dann muss sie dafür auch die Grundlagen schaffen und Ressourcen bereitstellen. Appelle an die Beteiligten reichen nicht aus. Das bedeutet, dass zumindest an den im Grundschulbereich existierenden Schwerpunktschulen die materiellen und personellen Voraussetzungen geschaffen werden müssen, ansonsten wird die Inklusion zur Farce. Sie geht zu Lasten der Kinder und Jugendlichen, für die sie konzipiert wurde.

Darüber hinaus müssen durch die Inklusion die Schulbaurichtlinien auf Barrierefreiheit hin angelegt werden. Durch die nach wie vor veralteten Richtlinien sind Schulträger nicht verpflichtet, Schulen behindertengerecht auszugestalten.

4.2 Integration von Kindern mit Migrationshintergrund - noch nicht angekommen

Vor ca. einem Jahr hat das rheinland-pfälzische Bildungsministerium ein erstes - viel versprechendes - Konzept zur Integration von Kindern und Jugendlichen aus Flüchtlingsfamilien vorgelegt. Bereits zur Jahresmitte waren dessen Eckdaten überholt. Zum Beginn des Schuljahres 2015/2016 drängte sich der Eindruck auf, als sei die rheinland-pfälzische Landesregierung nicht ausreichend auf die Zuwanderung vorbereitet. Dies drückt sich auch in den entsprechenden Umfragewerten aus:

- Über 50% der Flüchtlingskinder erhalten nicht die angekündigten Sprachintensivkurse.
- Die Leitungen der Sprachintensivkurse haben häufig nicht die nötige Qualifikation (ca. 50 %).
- Über 90 % der Grundschulen geben an, dass sie keinerlei externe Unterstützung beim Umgang mit traumatisierten Kindern erhalten.
- An den Runden Tischen hinsichtlich der Flüchtlingssituation, die ein zentrales Element des Maßnahmenpaketes der Landesregierung darstellen, nehmen über 50 % der Schulen gar nicht teil.

Um die Möglichkeiten der Kinder und Jugendlichen aus Flüchtlingsfamilien zu verbessern oder überhaupt zu ermöglichen, hat der VBE einen zehn-Punkte-Katalog vorgeschlagen; er umfasst:

1. Aufstockung der Vertragsmittel für Deutschintensivkurse;
2. Bereitstellung zusätzlicher Lehrerwochenstunden für die Sprachförderung;
3. Prioritätensetzung kulturelle Integration;
4. Ausbau der Feriensprachkurse und Hausaufgabenhilfen;
5. Versorgung der Erstaufnahmeeinrichtungen mit Lehrkräften;
6. neue Organisationsstrukturen durch neue Koordination der Integrationshilfen;
7. *Runde Tische* wirklich „rund“ machen;
8. Personalressourcen sichern und Universitäten einbinden;
9. Zertifizierungsmöglichkeiten für erworbene Sprachkenntnisse schaffen;
10. Herkunftssprachen stärken.

Der VBE fordert von der Landesregierung, das eigene Konzept zur Integration von Flüchtlingskindern auf diesen Katalog zu erweitern. Die Sprachförderung hat dabei sicher einen herausragenden Stellenwert.

Aber es geht um mehr, nämlich um eine kulturelle Integration und die Vermittlung, Verinnerlichung und Anwendung unserer gesellschaftlichen Grundregeln, die auf den allgemeinen Grundrechten unserer Verfassung beruhen.

Schlussbemerkung

Die landesweite Befragung der rheinland-pfälzischen Grundschulen hat gezeigt, dass sich die überwiegende Mehrheit der Schulen und der Schulleitungen mit den hohen pädagogischen und schulpolitischen Anforderungen an diese Schulart identifiziert. An den Schulen herrscht unter den Kollegien ein hohes Qualitätsbewusstsein und ein professionelles Selbstverständnis.

Zugleich hat die Umfrage die erheblichen Mängel offengelegt, die in die Arbeit der Grundschulen eingreifen und die Leistungsfähigkeit beeinträchtigen. Sie zeigt auf, was an den Grundschulen 2016 läuft und was nicht. Noch immer wirkt nach, dass die Organisationsform der Grundschule als *Volle Halbtagschule* im Rahmen eines Sparkonzepts entwickelt wurde (KOSI 2010).

Unter dem Eindruck der aktuellen und absehbaren gesellschaftlichen Entwicklungen wird deutlicher als je zuvor, welche fundamentale Bedeutung eine umfassende Grundbildung für die Zukunft einer demokratischen Gesellschaft und die Sicherung unseres sozialen Wohlstandes hat.

Jetzt muss endlich die Chance genutzt werden, Grundschulpolitik als sozio-ökonomische Investition anzusehen, die in ihrer Bedeutung keiner anderen Schulart nachstehen darf. Das bedeutet auch, die Ressourcen für die Grundschülerinnen und Grundschüler, die nach wie vor die für den Landeshaushalt mit deutlichem Abstand „billigsten“ Schüler sind, auszubauen.

Vor diesem Hintergrund startet der VBE Rheinland-Pfalz seine Grundschulkampagne 2016 unter dem Motto

 ein guter
GRUNDSCHULE
zu stärken!

Der Fragebogen mit den Ergebnissen Grundschulen 2015/2016 - was läuft, und was läuft nicht?

Eine landesweite Umfrage zur Situationsbestimmung der Grundschulen in Rheinland-Pfalz

1.	Grundlagen der schulischen Arbeit		
1.1	Sind alle Funktionsstellen Ihrer Grundschule besetzt?	Ja (364 / 88,56%)	Nein (47 / 11,44 %)
1.1.1	Wenn „Nein“: Welche Funktionsstelle ist nicht besetzt?	(26) Rektor/-in	(25) Konrektor/-in
1.1.2	Wie lange ist die Funktionsstelle unbesetzt?	seit 2005: 1 seit 2007: 1 seit 2009: 2 seit 2012: 3 seit 2013: 3 seit 2014: 8 bis Juli 2015:11 ab Aug. 2015: 14	
1.1.3	Derzeitige Übergangslösung:	Konrektor Dienstältestenreg. SL + KR in Personalunion Kollegium Mitführung d. SL Nachbarschule	
1.2	Sind an der Schule Kolleginnen bzw. Kollegen mit einem befristeten Arbeitsvertrag beschäftigt?	Ja (223/ 55,20 %)	Nein (181/ 44,80 %)
1.2.1	Wenn „Ja“: Wie hoch ist der Anteil befristeter Arbeitsverträge in Ihrem Kollegium in Prozent der Lehrerwochenstunden (LWS)?	6895 LWST → 276 Vollzeitstellen	
1.3	Wird an der Schule die Klassenmesszahl 24 eingehalten?	Ja (372 / 91,63%)	Nein (34 / 8,37%)
1.3.1	Wenn „Nein“: Für wie viele Klassen gilt das?	50 Klassen	
1.3.2	Werden darunter Klassen wegen der Flüchtlingssituation mit mehr als 24 Kindern geführt?	Ja (15/ 5,91%) 13 Klassen	Nein (239/94,09%)
1.4	Weicht das LWS-„Ist“ vom LWS-„Soll“ des endgültigen Gliederungsplanes ab?	Ja (222/56,92%)	Nein (168/ 43,08 %)
1.4.1	Wenn „ja“: Wie hoch ist die Abweichung in Prozent?	- 2,57 % minus(168 Schulen) Problem: Extreme Minuswerte: 30% / 13 % /+ 2,07 % plus (38 Schulen)

Bewertung auf einer Skala von ++ (trifft voll zu) bis -- (trifft nicht zu):

2.	Rahmenbedingungen	++ trifft voll zu	+ trifft zu	- trifft weniger zu	-- trifft nicht zu
2.1	Die Sekretärin steht an unserer Schule in angemessenem Maße zur Verfügung.	(51/12,56%)	(123/30,30%)	(134/33%)	(98/ 24,14%)
2.2	Die Schule ist räumlich gut ausgestattet (Mobilier, genügend Klassenräume, genügend Funktionsräume ...).	(77/18,67%)	(184/44,66%)	(91/22,10%)	(60/14,57%)
2.3	Die Schule ist medial gut und zeitgemäß ausgestattet (Lehrer-PC, Beamer, elektronische Tafeln, Lernsoftware für Schüler einsetzbar, ...).	(78/19,07%)	(153/37,41%)	(124/30,32%)	(54/13,2%)
2.4	Der Schule stehen Lehrmittel für alle Fachbereiche in zeitgemäßer und ausreichender Ausstattung zur Verfügung (Musikinstrumente, Zahlenstrahl, Sportgeräte, Lernkarteien zur Differenzierung, ...).	(89/21,65%)	(233/56,69%)	(75/18,25%)	(14/ 3,41%)
3.	Unterrichtsversorgung	++	+	-	--
3.1	Unsere Schule kann zurzeit zur Vermeidung von kurzfristigem Unterrichtsausfall auf eine Feuerwehreinheit zurückgreifen.	(20/5,01%)	(56/14,04%)	(64/16,04%)	(259/64,91%)
3.2	Die Umsetzung der GSchO und der Qualitätsprogrammarbeit ist auf Grundlage der derzeitigen LWS-Versorgung möglich.	(49/12,07%)	(218/53,69%)	(112/27,59%)	(27/6,65%)
3.3	Unsere Schule kann ausreichend Förderunterricht anbieten, um alle Kinder da abzuholen, wo sie stehen.	(14/3,47%)	(86/21,34%)	(154/38,21%)	(149/36,98%)
3.4	Die Sprachförderung für Kinder mit Migrationshintergrund kann an unsrer Schule genauso wie vor der Flüchtlingssituation durchgeführt werden.	(37/10,42%)	(124/34,93%)	(108/30,42%)	(86/24,23%)
4.	Flüchtlingssituation	++	+	-	--
4.1	Die Flüchtlingskinder der Schule erhalten Sprachintensivkurse (nur ankreuzen, falls Flüchtlingskinder unterrichtet werden).	(50/21,93%)	(62/27,19%)	(24/10,53%)	(92/40,35%)
4.2	Das Kollegium erhält die notwendige externe Unterstützung beim Umgang mit traumatisierten Kindern.	(2/0,90%)	(13/5,90%)	(46/20,92%)	(159/72,28%)
4.3	Die Leiter der Sprachintensivkurse verfügen über eine entsprechende Qualifikation.	(30/17,96%)	(56/33,53%)	(37/22,16%)	(44/26,35%)
4.4	Unsere Schule nimmt an einem runden Tisch hinsichtlich der Flüchtlingssituation teil.	(57/22,61%)	(60/23,81%)	(36/14,29%)	(99/39,29%)
4.5	Unsere Schule wurde eine Liste von Dolmetschern zur Verfügung gestellt.	(12/4,9%)	(19/7,75%)	(38/15,51%)	(176/71,84%)
5.	Inklusion (Schwerpunktschule)	++	+	-	--
5.1	Unsere Schwerpunktschule ist angemessen mit Förderschullehrerwochenstunden versorgt.	(18/18%)	(31/31%)	(25/25%)	(26/26%)
5.2	Die Förderschullehrerwochenstunden werden von ausgebildeten Förderschullehrkräften erteilt.	(55/50,93%)	(31/28,7%)	(10/9,26%)	(12/11,11%)
5.3	Die räumliche und sachliche Ausstattung unserer Schule entspricht den Bedürfnissen der inklusiv beschulten Kindern.	(10/10,75%)	(31/33,34%)	(37/39,78%)	(15/16,13%)
5.4	Die integrierte Förderung (§29 GSchO) findet in einem ausreichenden zeitlichen Umfang statt.	(11/10,78%)	(32/31,37%)	(36/35,30%)	(23/22,55%)
5.5	Unsere Schule verfügt über zusätzliches pädagogisches Personal (nicht: Lehrkräfte).	(20/18,18%)	(31/28,18%)	(12/10,91%)	(47/42,73%)
6.	Gesamtbewertung				
6.1	Alles in allem betrachtet: Die Gesamtsituation unserer Schule ist ...	sehr gut: insgesamt gut: weniger gut: es kann nur besser werden:			(18/4,29%) (283/67,37%) (93/22,14%) (26/6,2%)
7.	Angaben zu Ihrer Schule				
Schulname/Schulstempel	Die Schule ist eine 7.1 Grundschule 7.2 Grund- und Realschule plus 7.3 Ganztagschule 7.4 Schwerpunktschule 7.5 Grundschule mit Betreuender Grundschule 7.6 Grundschule mit Außenstelle	(Mehrfachnennungen möglich) (351) (7) (89) (49) (194) (8)			